

Niederschrift

über die 20. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach am Freitag, dem 07. April 2006, 16.00 Uhr bis 19.50 Uhr, im Saal 13, Verwaltungsgebäude, Markt 22

<u>Anwesenheit:</u>	CDU:	Köckert , Adam, Braun, Leutheuser, Lindig, Mereuta, Meyer, Müller, Dr. Oefner, Ruhkamp, Straßburg, Suck
	DIE.LINKE.PDS:	May , Bauer, Pechstädt, Schenke, Tikwe, H., Werner, Wolf
	SPD:	Doht (bis 19.40 Uhr), Gentzel (bis 18.45 Uhr), Levknecht, Dr. Schenk, Stein (bis 18.50 Uhr), Tikwe, T.
	Bündnis 90/ Die Grünen:	Rexrodt , Päsler, Schweßinger
	BfE:	Gottstein (bis 19.40 Uhr), Apel (bis 19.40 Uhr), Rabe (bis 19.40 Uhr)
	EA:	Hofmann , Fischer

Stadtverwaltung:

Oberbürgermeister, Herr Schneider
Dezernentin, Frau Lieske

Büroleiter OB, Herr Dr. Nienaber
Referent für Bau, Verkehr und Umwelt, Herr Päsler
Pressestelle, Herr Wuggazer
Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Frau Quentel
Amtsleiter Haupt- und Organisationsamt, Herr Strathmann
Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt, Frau Kirschner
Amtsleiter Finanzverwaltung, Herr Hartmann
Mitarbeiter Finanzverwaltung, Herr Hoffmann
Amtsleiterin Ordnungsamt, Frau Kirchner
Amtsleiter Kulturamt, Herr Lorenz
Abteilungsleiter Schulverwaltung, Herr Seelig
Stellv. Amtsleiter Amt für Stadtentwicklung und Wirtschaft,
Herr Diedrich
Stellv. Amtsleiterin Tiefbauamt, Frau Kehr
Werkleiter Stadtwerke, Herr Benick

entschuldigt: Herr Dr. Sinn – CDU – verhindert
Frau Duft – Die LINKE.PDS – verhindert
Herr Voß – DIE.LINKE.PDS – verhindert

Gäste: Herr Prof. Dr. Butscher, sachkundiger Bürger
Herr Jentsch, sachkundiger Bürger
Presse
Bürger

Schriftführer: Frau Steffan
Frau Seelig

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, eröffnet die 20. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung wird festgestellt. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind 33 Stadtratsmitglieder anwesend und 3 entschuldigt. Damit ist die Beschlussfähigkeit der Sitzung entsprechend § 36 Abs. 1 ThürKO festgestellt.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, gratuliert den Stadtratsmitgliedern, die zwischen der letzten Sitzung und der heutigen Sitzung Geburtstag hatten.

Der Vorsitzende, Herr Meyer, zieht den Tagesordnungspunkt 10 – Berufung eines/r sachkundigen Bürgers/in in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus - von der Tagesordnung zurück, da die CDU-Stadtratsfraktion noch keinen Vorschlag unterbreiten kann.

Da es keine weiteren Zusätze oder Änderungen gibt, gilt die geänderte Tagesordnung.

Nr. 2 der TO: Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde wurde keine Frage eingereicht.

Nr. 3 der TO: Genehmigung der Niederschrift über die 19. Sitzung am 24. Februar 2006 – öffentlicher Teil

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, erklärt, dass zur Niederschrift über die 19. Sitzung des Stadtrates am 24. Februar 2006 kein Änderungsantrag vorliegt.

Abstimmung: 25 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
3 Stimmenthaltungen

Damit ist der öffentliche Teil der Niederschrift bestätigt.

Beschluss-Nr.: 0334/2006

Nr. 4 der TO: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Beschluss-Nr.: 0335/2006

Nr. 6 der TO: **Schulnetzplan der staatlichen Schulen der Stadt Eisenach; Fortschreibung für die Schuljahre 2006/2007 – 2011/2012 hier: Beratung und Beschlussfassung**

Die Dezernentin, Frau Lieske, begründet die Beschlussvorlage.

Die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen, Frau Rexrodt, informiert, dass seit Oktober 2005 der Ausschuss für Bildung, Schule und Sport sehr ruhig und konstruktiv Argumente austauscht und berät. Aus ihrer Sicht war die Verwaltung bemüht, in allen Punkten den Vorschlägen der Stadtratsmitglieder nach der Anhörung der Medizinischen Fachschule zu folgen. Die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen, Frau Rexrodt, geht auf den Antrag der DIE.LINKE.PDS ein, der erst kurz vor der Empfehlung an den Stadtrat eingereicht wurde und bedauert eine Diskussion, die in ihrer Schärfe nicht hätte sein müssen, wenn der Antrag in die vorher geführten Diskussionen eingeflossen wäre. Der Antrag der DIE.LINKE.PDS beinhaltete die Beschlussfassung zum Schulentwicklungsplan um 4 Wochen zu verschieben, um darüber beraten zu können, inwieweit es möglich ist, die Medizinische Fachschule in das Gebäude der 6. Regelschule und die Schüler der 6. Regelschule in das Gebäude der 8. Regelschule zu verlagern. Die Fraktionsvorsitzende, Frau Rexrodt, macht deutlich, dass sie versuchen will, die Fraktion DIE.LINKE.PDS mit ihren Argumenten zu überzeugen, um der Beschlussvorlage zuzustimmen. Auf der Positivseite steht für Frau Rexrodt Folgendes:

1. Das Gebäude der 8. Regelschule wird soweit hergerichtet, dass es dem Raumbedarf der Medizinischen Fachschule endlich entspricht und der bisherige Mangel an Unterrichtsräumen, der auch der Qualität des Unterrichts nicht zuträglich war, behoben werden kann.
2. Der Umzug in das Gebäude der 8. Regelschule wird eine Aufwertung des Wohngebietes insgesamt nach sich ziehen und die Sanierung des Nordplatzes mehr als sinnvoll erscheinen lassen.
3. Mit Blick auf die demographische Entwicklung kann der Erhalt der Medizinischen Fachschule, der möglicherweise schon diskutiert wird, damit auf lange Zeit gesichert werden, da das Gebäude zu jeder Zeit erweitert werden kann für mögliche sinnvolle Kooperationen.
4. Die Volkshochschule wird in das Gebäude der Schmelzerstraße ziehen. Damit kann man aus dem Mietverhältnis in der Sophienstraße austreten, was auch vom Vermieter gewünscht wird, da er für die Räumlichkeiten Eigenbedarf angemeldet hat.
5. Bei einem Ringtausch, wie ihn DIE.LINKE.PDS vorschlägt, wäre eine vollständige Sanierung, ca. 1.400.000 €, des Gebäudes der 8. Regelschule notwendig, oder glaubt man, dass die selben Mittel wie jetzt eingeplant ausreichen.
6. Dem Argument, die 6. Regelschule hätte dann eine doppelt so große Turnhalle, muss auch widersprochen werden, denn die 6. Regelschule und die Grundschule müssten sich die Turnhalle teilen.
Bei der Vorstellung der 6. Regelschule im letzten Jahr durch die Schulleiterin wurde allen Ausschussmitgliedern sehr deutlich gemacht, dass durch die Sportprofilierung der gesamte Sportbereich von 7.45 Uhr bis 16.00 Uhr nur durch diese Schule ausgelastet ist. Ein Stundenplan, der auch Grundschulern entspricht, würde zu Lasten einer der beiden Schulen gehen und davor warnt Frau Rexrodt.
7. Die von der DIE.LINKE.PDS gewünschte Änderung würde bedeuten, dass ca. 300 Schüler zu ca. 100 Schülern wechseln. Dies ist aus ihrer Sicht weder pädagogisch

noch logistisch zu vertreten.

In diesem Zusammenhang weist Frau Rexrodt darauf hin, dass die Schulkonferenzen beider Schulen in großer Einvernehmlichkeit tagten und alle Vorbereitungen getroffen wurden, die Schüler der 8. Regelschule im kommenden Schuljahr aufzunehmen. Sie informiert, dass bereits jetzt gemeinsame Veranstaltungen laufen, die durch die Sozialarbeiter mit organisiert und begleitet werden und von den Schülern sehr gut angenommen werden. Die Fraktionsvorsitzende, Frau Rexrodt, erklärt, dass der Antrag der DIE.LINKE.PDS-Fraktion bei Eltern, Schülern und Lehrern beider Schulen keinen großen Zuspruch fand.

Zum Abschluss ihres Redebeitrages erklärt die Fraktionsvorsitzende, Frau Rexrodt, dass alle Schulen sich gerade auf das nächste Schuljahr vorbereiten und jede noch so kleine Veränderung einem ruhigen Beginn des nächsten Schuljahres – und für die nächsten Schuljahre – schadet. Frau Rexrodt appelliert an DIE.LINKE-PDS heute die vorgelegte Schulentwicklungsplanung zu beschließen, da es sich um eine Planung handelt, die zu jeder Zeit eine Fortschreibung, also eine Veränderung erfahren kann. Der Vorschlag für eine Klausur, um über Nachhaltigkeit in der Schulentwicklung zu beraten, wurde aus ihrer Sicht von allen positiv aufgenommen. In diesem Zusammenhang geht Frau Rexrodt auf den Änderungsantrag der EA-Stadtratsfraktion ein und bittet diesen in den zuständigen Ausschuss zur Beratung zu verweisen. Aus ihrer Sicht sollte bald mit der Arbeit begonnen werden, denn es wird keine leichte sein. In den Beratungen wird dann möglicherweise die Erkenntnis reifen, dass man Wünschenswertes vom Machbaren trennen muss, vor allem dann, wenn ein Schulgesetz dabei hineinregiert, welches nicht von Nachhaltigkeit geprägt ist.

(Der Redebeitrag liegt in schriftlicher Form vor und wird zu den Akten der Sitzung genommen.)

Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, macht deutlich, dass mit der heutigen Vorlage der Fortschreibung der Schulnetzplanung bis 2012 und der damit verbundenen Verlegung der Volkshochschule in die Schmelzerstraße, sowie dem Ortswechsel der Medizinischen Fachschule in das Gebäude der 8. Regelschule für ihn zwar kein optimaler, aber ein tragbarer Kompromiss gefunden wurde, weil gerade das Letztgenannte zu einer Aufwertung des Wohngebietes Eisenach-Nord beiträgt. Des Weiteren erinnert das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, daran, dass es genau 1 Jahr her ist, dass der Stadtrat in der Teilfortschreibung zur Schulnetzplanung bis 2006 die Schließung der 8. Regelschule gegen die Stimmen der Die.LINKE.PDS beschlossen hat und er in seiner Rede vor einer möglichen Schulruine bzw. einem Rückbau gewarnt hat. Er plädiert mit Blick auf die Planungssicherheit für die Schulen dafür, dass die heute vorgelegte Schulnetzplanung beschlossen wird, kritisiert aber, dass von der Einbringung bis zur Beschlussfassung mit 2 Monaten ein zu kurzer Zeitraum ist und die Bürger nicht eingebunden werden. Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, stellt in diesem Zusammenhang fest, dass mit Konzepten von gestern die Probleme von heute und morgen nicht zu lösen sind. Des Weiteren gibt die Verwaltungsvorlage kaum Antworten auf folgende wichtige Fragen:

1. Wir reagieren wir auf sinkende Schülerzahlen bei gleichzeitigem Verfall unserer Schulgebäude (Sanierungsaufwand ca. 10 Mio. €)?
2. Zu hinterfragen ist die Effektivität und Effizienz von Schulen mit geringer Schülerzahl.
3. Ist es auf Grund zurückgehender Schülerzahlen in Zukunft nicht auch möglich, andere Schulformen einzuführen?
4. Sollten wir nicht auch durch veränderte Einwohnerstruktur, die Einzugsbereiche für die Schulen neu festlegen, was auch mehr Freiheit bei der Schulwahl bedeutet?

Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, stellt zum Abschluss fest, dass die Kritik der DIE.LINKE.PDS dafür gesorgt hat, dass die Dezernentin für die Zukunft eine Ausschussklausur anstrebt. Dafür bedankt sich Herr Schenke nochmals bei Frau Lieske. (Der Redebeitrag liegt in schriftlicher Form vor und wird zu den Akten der Sitzung genommen.)

Das Stadtratsmitglied, Herr Levknecht, macht deutlich, dass Fortschreibungen von Schulnetzplänen, oftmals auch Teilfortschreibungen, einschneidende Veränderungen, oftmals auch schmerzhaftes Einschnitte bringen. Hierzu verweist er auf den Wartburgkreis. Aus seiner Sicht sind leere Kassen und sinkende Schülerzahlen zu beachten, doch es ist immer so zu entscheiden, dass die Interessen der Kinder, die Grundvoraussetzungen für deren Bildung, an erster Stelle stehen. Dafür müssen Prioritäten gesetzt werden. Das Stadtratsmitglied, Herr Levknecht, geht auf die Schließung der 8. Regelschule in Eisenach-Nord ein und begründet, warum die SPD-Stadtratsfraktion damals mit Nein votiert hat. Trotzdem musste die Entscheidung, die gefallen war, von allen akzeptiert werden. Die Schüler der 8. Regelschule ziehen in die Wartburgschule um und finden nach Meinung von Herrn Levknecht dort beste Lernbedingungen vor, es wird ein gutes Miteinander und ein schnelles Integrieren geben. Für Herrn Levknecht sind die Anregungen der DIE.LINKE.PDS, dass die 6. Regelschule in die 8. Regelschule ziehen soll, unverständlich. Er stellt sich die Frage, warum eine bestens funktionierende Bildungseinheit infrage gestellt wird, warum kurz vor dem Osterfest Unruhe, ja Angst in die Schüler- und Elternschaft gestreut wird? Herr Levknecht stellt weiterhin klar, dass ihm vollkommen egal ist welcher Lehrer/Lehrerin an der Schule ist, alleine die Bildungsqualität ist ausschlaggebend. Das Stadtratsmitglied, Herr Levknecht, erklärt, dass es dazu eine klare Aussage der SPD-Stadtratsfraktion gibt, die lautet: An der Wartburgschule wird nicht gerüttelt. Schüler und Eltern brauchen Sicherheit, keine Angst aus den Reihen der Linken/PDS. Herr Levknecht stellt fest, dass die heute vorgelegte Schulnetzplanung einen Umzug der Medizinischen Fachschule nach Eisenach-Nord vorsieht, wieder einmal einen Umzug für die Medizinische Fachschule. Das Wohngebiet Eisenach-Nord erfährt nach Aussage von Herrn Levknecht eine Aufwertung, die sicher von allen gewollt ist. Des Weiteren wird die Medizinische Fachschule in einem Haus untergebracht und muss nicht wie derzeit Räume in anderen Schulen anmieten. Als völlig legitim wird von Herrn Levknecht die Forderung der Medizinischen Fachschule angesehen, sich bei einem erneuten Umzug zu verbessern und nicht zu verschlechtern. Mit dem Umzug verbessert sich die Unterrichtsfläche von 800 auf 1300 m² und die Zahl der Unterrichtsräume erhöht sich auf 19. Herr Levknecht weist darauf hin, dass entsprechend der Wünsche das ehemalige Lehrerzimmer für zusätzlich 9.400 € hergerichtet wird und der Fußbodenbelag im Podologieraum für 3.000 € verändert wird. In diesem Zusammenhang informiert Herr Levknecht, dass durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel ein Gesamtbudget von über 400.000 € zur Sanierung der 8. Regelschule für die Medizinische Fachschule zur Verfügung steht. Klar ist aber auch, dass dies nicht für das gesamte Haus reicht. Eindeutig ist aber, dass sich die Bedingungen für die Medizinische Fachschule verbessern. Aus seiner Sicht bietet auch das Bürgerhaus mit seiner Lehrküche optimale Voraussetzungen. Im Beschlussvorschlag fehlt allerdings die zeitliche Fixierung. Das Stadtratsmitglied, Herr Levknecht, erklärt, dass kurzum mit dem Umzug der Medizinischen Fachschule deren Existenz in Eisenach gesichert wird, ein Fakt für ihn, den es unbedingt zu unterstreichen gilt. Mit dieser Schulnetzplanung wird ebenso der Fortbestand einer Schule gesichert, nämlich der Fortbestand der Geschwister-Scholl-Schule in der Katharinenstraße. Dies gilt es aus Sicht von Herrn Levknecht ebenfalls herauszuheben. In seinen Ausführungen macht Herr Levknecht deutlich, dass der Einzugsbereich dieser Schule um einige Straßenzüge,

die bis 1997 bereits zum Einzugsgebiet der Geschwister-Scholl-Schule gehörten, erweitert wird. Durch die Veränderung im Einzugsbereich wird es eine höhere Stellenzuweisung bzw. Lehrstundenzuweisung geben, die ein breiteres Angebot im Bereich der Wahlpflichtfächer sicherstellt. Des Weiteren weist Herr Levknecht darauf hin, dass es für die Schüler einen erfreulichen Nebeneffekt gibt, weil der Schulweg kürzer wird. Er macht weiter deutlich, dass für die Entwicklung der Wartburgschule kaum Auswirkungen auftreten. Herr Levknecht stellt fest, dass mit dieser Schulnetzplanung der Fortbestand der Sommergewinsschule gesichert wird. Nach Aussage von Herrn Levknecht wird das Haus III des Abbe-Gymnasiums am Theaterplatz vorerst erhalten, weil die Notwendigkeit einfach auf der Hand liegt. Aufgrund der ungünstigen Verteilung der vorhandenen Unterrichtsräume in den drei Gebäuden wird auch im kommenden Schuljahr das Haus III für den geordneten Schulbetrieb benötigt. Schweren Herzens wird nach seiner Aussage das Haus II des Elisabeth-Gymnasiums in der Ernst-Thälmann-Straße aufgegeben, obwohl eigentlich pädagogische Gründe und Elterngespräche für eigenständige Schülergruppen für den Fortbestand des Hauses II sprechen. Er weiß aber auch, dass der Verein „Freie Waldorfschule Eisenach/Wartburgkreis e.V.“ in den Startlöchern sitzt. Das Stadtratsmitglied, Herr Levknecht, bittet festzuhalten, dass mit der Aufgabe des Hauses II spätestens ab dem Schuljahr 2011/2012 der Raumbedarf im jetzigen Gebäude in der Nebestraße dem möglichen Klassen- und Kursbedarf nicht mehr entspricht. In den künftigen Haushaltsberatungen müssen der Ausbau des Dachbodens, der Turnhalle bzw. ein möglicher Anbau geplant und realisiert werden. In diesem Zusammenhang weist Herr Levknecht auf die große Eigeninitiative zur Teilsanierung der Fassade hin und hofft, dass endlich die Fördermittel des Landes eintreffen, um die Fassade in Angriff zu nehmen. Zum Abschluss seines Redebeitrages unterstreicht Herr Levknecht, dass im Bereich der Gymnasien auch weiterhin ein differenziertes Angebot der inhaltlichen Ausgestaltung durch die beiden staatlichen Gymnasien, das Ernst-Abbe-Gymnasium und das Elisabeth-Gymnasium, sowie das Gymnasium in freier Trägerschaft zu sichern ist. Die vorgelegte Beschlussvorlage ist für ihn kein Dogma, sondern ist vielmehr den aktuellen Veränderungen anzupassen. Das Stadtratsmitglied, Herr Levknecht erklärt, dass die SPD-Stadtratsfraktion der vorgelegten Beschlussvorlage ihre Zustimmung gibt. (Der Redebeitrag liegt in schriftlicher Form vor und wird zu den Akten der Sitzung genommen.)

Die Fraktionsvorsitzende der DIE.LINKE.PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, weist zu Beginn ihres Redebeitrages darauf hin, dass es erlaubt sein muss, im Vorfeld im zuständigen Ausschuss alle dazu angestellten Überlegungen zur Sprache zu bringen, ohne dass es wütende Zurechtweisungen gibt. Denn von einer kontroversen, aber kulturvoll geführten Debatte lebt die Demokratie und nur so können aus ihrer Sicht beste Lösungen eines Problems gefunden werden. Dass die Wogen um das Schulnetz hoch schlagen, ist für Frau May kein typisches Eisenacher Problem. Im Wartburgkreis ist die Debatte darum wesentlich heftiger. Aus ihrer Sicht müsste das nicht so sein, wenn das gesellschaftliche Umfeld stimmen würde. In diesem Zusammenhang verweist sie auf die Thüringer Familienoffensive. Die vorliegende Schulnetzplanung wurde nach Meinung von Frau May auch bestimmt vom notwendigen Umzug der Medizinischen Fachschule. Der Plan sieht vor, dass die 8. Regelschule in Eisenach Nord künftig ihr neues Domizil hat. Dies wird von der Fraktionsvorsitzenden, Frau May, begrüßt, weil das Gebäude dafür geeignet ist. Notwendig ist aus ihrer Sicht aber, dass das dafür vorgesehene Geld von rund 400.000 € nicht nur entsprechend der notwendigen Sanierung des Gebäudes, sondern auch entsprechend den funktionalen Anforderungen an eine Medizinische Fachschule eingesetzt wird. Bei dem Geld handelt es sich um die Investitionspauschale für alle Schulen und dies bedeutet Verzicht auf der anderen Seite. In diesem

Zusammenhang weist Frau May darauf hin, dass schon seit Jahren die Mittel zu gering sind um den Investitionsstau aufzulösen. Nach Aussage von Frau May verhindert die vom Land Thüringen initiierte Finanzierung der Kitas, die der Stadt voraussichtlich Mehrausgaben von etwa 420.000 € beschere, dass die 8. Regelschule in der Gänze für die Zwecke der Medizinischen Fachschule hergerichtet werden kann und noch Notwendiges auf 2007 verschoben werden muss. Die Fraktionsvorsitzende der DIE.LINKE.PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, erklärt, dass die vorliegende Schulnetzplanung von der Bemühung gekennzeichnet ist, die Schulstandorte zu erhalten. Aus diesem Grund wird die Stadtratsfraktion ihre Zustimmung nicht verweigern. Trotzdem sollte aus ihrer Sicht für die weitere Arbeit Folgendes bedacht und versucht werden umzusetzen:

- Ganz unbenommen davon, dass für eine Reform der Kommunalfinanzierung weiter gestritten werden muss, sollte versucht werden, mit dem vorhandenen Geld das Optimal für die Schulstandorte zu tun. Das heißt, es muss versucht werden, bei den zurückgehenden Schülerzahlen verschiedene Schulformen wieder unter ein Dach zu bekommen. Das erhält wohnortnahe Standorte und die vorhandenen Mittel können effektiver eingesetzt werden.
- Ganztagschulen müssen weiterentwickelt werden. Die außerunterrichtliche Bildung und Betreuung braucht mehr Zuschüsse für die Kinder- und Jugendarbeit.
- Die Einheit von Schule und Hort muss garantiert werden. Der Hort gehört in die Grundschule.
- Die Schulen brauchen mehr tatsächliche Eigenverantwortung, auch hinsichtlich integrativer Schulformen mit einem längeren gemeinsamen Lernen.

Zum Abschluss ihres Redebeitrages macht Frau May deutlich, dass weitere Kürzungen des Landes in den Bereichen Bildung und Kultur verhindert werden müssen.

(Der Redebeitrag liegt in schriftlicher Form vor und wird zu den Akten der Sitzung genommen.)

Die Dezernentin, Frau Lieske, macht deutlich, dass die zeitliche Fixierung wegen der Baumaßnahme schwierig ist. Bis Ende des Jahres soll es aber abgeschlossen sein. Aus ihrer Sicht ist der Umzug der Medizinischen Fachschule nicht so aufwendig, weil das Gebäude vollständig eingerichtet ist. Des Weiteren teilt die Dezernentin Frau Lieske mit, dass Fördermittel für die Fassade des Elisabeth-Gymnasiums da sind.

Das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, stellt folgenden Änderungsantrag: „In der Anlage zum Schulnetzplan auf Seite 4 soll der zweite Pfeilabsatz wie folgt geändert werden: „Die zusätzlich gewünschte Nutzung von vier weiteren Unterrichtsräumen im 2. OG wird ermöglicht. Die zusätzlichen Kosten in Höhe von etwa 31.000 € werden durch Einsparungen im Sanierungsplan ausgeglichen“. Sie begründet ihn ausführlich. Nach ihrer Begründung bittet das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, den Antrag in den zuständigen Ausschuss zur Diskussion zu verweisen.

Der Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein, macht deutlich, dass in den Ausschüssen ausreichend diskutiert wurde. Des Weiteren vertritt Herr Gottstein die Auffassung, dass die Räume auch nächstes Jahr hergerichtet werden können. In diesem Zusammenhang verweist er darauf, dass es nicht nur die Türen sind, die notwendig sind und die Kosten auch deshalb um einiges höher sein werden. Der Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein, erklärt, dass die BfE-Stadtratsfraktion dieser Beschlussvorlage ihre Zustimmung geben wird und alle noch offenen Fragen dort geklärt werden sollten, wo sie hingehören, nämlich in den Ausschüssen.

Das Stadtratsmitglied, Herr Straßburg, stellt fest, dass es geschafft wurde, die Medizinische Fachschule zukunftssicher zu machen. Die Medizinische Fachschule sollte zufrieden sein mit dem Standort. Das Stadtratsmitglied, Herr Straßburg, ist sich sicher, dass in einem halben Jahr in ein gut saniertes Gebäude eingezogen werden kann. Es ist die Chance gewesen für die Medizinische Fachschule als höhere Bildungseinrichtung. Zu den Gymnasien führt Herr Straßburg aus, dass das, was den Regelschulen gegönnt war, auch für die Gymnasien gelten muss. Es gibt zwei staatliche Gymnasien und viele Bildungsangebote, bei denen nach Meinung des Stadtratsmitgliedes Herrn Straßburg Synergieeffekte erzeugt werden könnten. Die Zusammenarbeit muss also verbessert werden und dann kann auch ganz bestimmt gespart werden. Mit Blick auf den Redebeitrag von Frau May macht Herr Straßburg deutlich, dass es nicht um die Diskussion zum Thema ging, sondern um den Zeitpunkt. Aus seiner Sicht war die Diskussion zum Zeitpunkt der Abstimmung falsch. Es muss weiter diskutiert werden, selbstverständlich, aber nicht zu dem Zeitpunkt. In diesem Zusammenhang verweist Herr Straßburg auf den Redebeitrag von Frau Rexrodt. Geredet werden muss nach seiner Meinung auch über den Sanierungsstau. Zum Schluss seiner Ausführungen macht das Stadtratsmitglied, Herr Straßburg, deutlich, dass die CDU-Stadtratsfraktion der Beschlussvorlage ihre Zustimmung geben wird.

Die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, antwortet auf zwei Dinge. Sie macht deutlich, dass es nicht die Diskussion war, die kritisiert wurde, sondern der Zeitpunkt. Es wurde nicht nur über zwei Monate diskutiert, sondern seit Oktober. Die Fragen aus dem Redebeitrag von Herrn Schenke müssen in der Zukunft beantwortet werden. Dies begrüßt Frau Rexrodt. Sie fordert Herrn Schenke auf, diesen Fragenkatalog dem jeweiligen Vertreter im Ausschuss in die Hand zu geben. Vor einer Sache warnt die Fraktionsvorsitzende, Frau Rexrodt, allerdings und dies ist die Veränderung der Einzugsgebiete. Wenn Einzugsgebiete geändert werden, werden aus ihrer Sicht Schulen leergezogen, weil die Eltern ihre Kinder in die nächstgelegene Schule schicken werden. Des Weiteren macht Frau Rexrodt deutlich, dass von der Gebäudestruktur her 2 – 3 Schulen reichen würden.

Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, macht deutlich, dass er jahrelang in Berufsschulen gearbeitet hat und er es so sieht, dass es in Zukunft nur noch eine begrenzte Anzahl von Schulen geben wird. Es wird also eine Zusammenlegung von Schulen geben aus seiner Sicht.

Abstimmung über die Verweisung folgenden Antrages der EA-Stadtratsfraktion:

„In der Anlage zum Schulnetzplan auf Seite 4 soll der zweite Pfeilabsatz wie folgt geändert werden: die zusätzlich gewünschte Nutzung von vier weiteren Unterrichtsräumen im 2. OG wird ermöglicht. Die zusätzlichen Kosten in Höhe von etwa 31.000 € werden durch Einsparungen im Sanierungsplan ausgeglichen“ in den Ausschuss für Bildung, Schule und Sport.

32 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag der EA-Stadtratsfraktion in den Ausschuss für Bildung, Schule und Sport verwiesen.

Der Ausschuss für Bildung, Schule und Sport empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

die Fortschreibung des Schulnetzplanes der staatlichen Schulen der Stadt Eisenach für die Schuljahre 2006/2007 – 2011/2012 mit folgenden Maßnahmen:

- 1. Erhalt des Hauses II des Elisabeth- Gymnasiums, Ernst-Thälmann-Straße 66 bis zum Ende des Schuljahres 2006/2007**
- 2. Erweiterung des Einzugsbereiches der Geschwister-Scholl-Schule um folgende Straßen:**
 - Adelheidstraße
 - Am Amrichen Rasen
 - Amrastraße ab 51/52
 - Christianstraße
 - Flurstraße
 - Herrenmühlenstraße
 - Mühlhäuser Straße 1 –29
 - Oppenheimstraße
 - Paulinenstraße
 - Planstraße
 - Rennbahn ab Nr. 42
 - Steubenstraße
- 3. Erhalt des Hauses III des Ernst-Abbe-Gymnasiums, Theaterplatz 3**
- 4. Verlagerung des Schulstandortes der Medizinischen Fachschule in das Gebäude Nordplatz 2**

Abstimmung: **30 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0336/2006

Nr. 7 der TO: Errichtung der Stiftung „Automobile Welt Eisenach“ (awe)

Die Dezernentin, Frau Lieske, begründet die Beschlussvorlage.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, erklärt, dass der Beschluss richtig und gut ist. Es handelt sich um einen Grundsatzbeschluss in die richtige Richtung. Der Fraktionsvorsitzende, Herr Doht, appelliert an die Stadtratsmitglieder und Ausschüsse nun gemeinsam dieses Thema weiter zu begleiten und mit dem Verein fair umzugehen. Dies heißt aus seiner Sicht, dass wenn man eine Stiftung macht, der Stiftung auch die Verantwortung für das Ganze übergibt. Wenn der Verein also seine Autos einbringt, sollte dies die Stadt auch tun, nach seiner Meinung. Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, macht deutlich, dass das Museum und der Verein vom ehrenamtlichen Engagement leben. Dem Grundsatzbeschluss kann die SPD-Stadtratsfraktion zustimmen.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, macht deutlich, dass der Beschluss seine Zeit gebraucht hat, weil der Automobilbauverein erst in der letzten Mitgliederversammlung darüber befunden hat. Den Weg schildert der Oberbürgermeister, Herr Schneider, als lang und steinig und er ist auch noch nicht zu Ende, weil es noch viele Details zu klären gibt. Aus Sicht des Oberbürgermeisters, Herrn Schneider, ist es wichtig, dass Verein und Stadt gemeinsam dieses Projekt vorantreiben. Mit Hinweis auf das Austauschblatt erklärt der Oberbürgermeister, dass es nur dazu dient, den Beschluss als Grundsatzbeschluss herauszustellen. Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, erklärt, dass über die Autos noch gesprochen werden muss und genau festgelegt werden muss, wer was wie einbringt. Des Weiteren gibt es aus seiner Sicht auch Besonderheiten zu beachten, weil die Stadt Eisenach einen Großteil der Fahrzeuge, die der Stadt gehören, mit einem entsprechenden Übergabebeschluss mit Festlegungen durch den Liquidator bekommen hat. Dadurch geht manches nicht so einfach. Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, bittet um Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

- 1. Den Grundsatzbeschluss zur Errichtung der Stiftung „Automobile Welt Eisenach“ (awe) als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts zusammen mit dem Verein Automobilbaumuseum Eisenach e.V. zu fassen.**
- 2. Die Stadt gewährt der Stiftung über 10 Jahre ab Errichtung einen noch zu ermittelnden Zuschuss für das Kalenderjahr zur Erfüllung des Stiftungszweckes und zum Erhalt und Ausbau des eingebrachten Stiftungsvermögens, der jedes Jahr überprüft und unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Stadtrat dem tatsächlichen Bedarf angepasst wird.**
- 3. Die Übertragung**
 - a) des bebauten Grundstückes in der Gemarkung Eisenach, Friedrich-Naumann-Straße, Flur 43, Flurstück-Nr. 2678/5 mit 2599 m² und Nr. 1124/4 mit 52 m² mit einem Verkehrswert von 155.000,00 €,**
 - b) der Fahrzeugdokumentation, Filme, Tonträger, für den Zeitraum 08.05.1945 bis 30.06.1990,**
 - c) der im Eigentum der Stadt befindlichen Autoteile/Autozubehör/Modelle aus der Aufstellung mit Stand 10.03.2006 mit einem Versicherungswert von 51.900,00 €**

als Stiftungsvermögen der Stadt als Stifterin zu 1. gemäß des Stiftungsgeschäftes über die Errichtung der Stiftung „Automobile Welt Eisenach“ (awe).

**Abstimmung: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0337/2006

Nr. 8 der TO: Finanzierung des Elisabeth-Jahres 2007

Die Dezernentin, Frau Lieske, begründet die Beschlussvorlage und gibt die Pressemitteilung zur Kenntnis.

Die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, macht deutlich, dass die Punkte 2 und 3 völlig unstrittig sind. Der Punkt 1 hat aus Sicht von Frau Rexrodt zu dem Schreiben der Landeskappelle, welches alle Fraktionsvorsitzenden bekommen haben, geführt. Des Weiteren macht die Fraktionsvorsitzende deutlich, dass sie sich und wahrscheinlich auch alle andern bemüht gefühlt haben, der ganzen Sache auf den Grund zu gehen, weil es bisher auch noch nicht so diskutiert wurde. Frau Rexrodt trägt Folgendes für die Fraktion vor: Von der Verwaltung liegt ein Beschlussvorschlag vor, der einen Zuschuss an den Bachchor ausweist. Dazu muss aus Sicht von Frau Rexrodt festgestellt werden, dass der Stadtrat aber nur entscheiden kann, ob er 13.000 € für das Elisabeth-Oratorium ausgibt oder nicht. Sie stellt fest, auch im Hinblick auf das Schreiben der Landeskappelle, dass sie also nicht zu entscheiden hat, wer mit wem spielt, singt oder tanzt. Dies haben nach ihrer Meinung andere zu entscheiden. Die angemahnte Entscheidung durch die Landeskappelle kann also gar nicht vom Stadtrat getroffen werden. Es müsste also demzufolge die Entscheidung getroffen werden, dass die 13.000 € nicht ausgezahlt werden. Die Fraktionsvorsitzende, Frau Rexrodt, erklärt, dass sie aber möchte, dass das Elisabeth-Oratorium gespielt wird. Warum es zu dieser Konstellation gekommen ist, ist Frau Rexrodt nach langen Recherchen klar geworden. Aber auch da haben die Stadträte weder in der Vorbereitung noch jetzt Mitspracherecht gehabt. Die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, macht deutlich, dass sich die Fraktion entschieden hat, diese 13.000 € auszugeben und alles andere nicht in der Kompetenz des Stadtrates liegt.

Das Stadtratsmitglied, Herr Dr. Schenk, begrüßt den Punkt 1, weil er die Kontakte nach Ungarn fördert. Auch dem Punkt 3 kann die SPD-Stadtratsfraktion zustimmen. Herr Dr. Schenk macht allerdings deutlich, dass er sich gewünscht hätte, dass schon in den Geschäften der Innenstadt Elisabethplakate für 2007 gehangen hätte. Aber da ist die Stadt Eisenach nach seiner Einschätzung nicht aus der Hüfte gekommen. Die Geschäftsleute sind nach Aussage des Stadtratsmitgliedes, Herrn Dr. Schenk, bereit dazu. Problematisch ist für Herrn Dr. Schenk der Punkt 2. Er führt aus, dass die SPD-Stadtratsfraktion folgenden Ergänzungsantrag stellt: „Die Ausgabe des Zuschusses an den Verein Academia Musicalis Thuringiae e.V. steht unter dem Vorbehalt, dass die Finanzierung des 2. Teiles der Elisabeth-Landesausstellung in der Predigerkirche abgesichert ist. Bis zur Klärung dieses Sachverhaltes bleiben die vorgesehenen 39.000 € gesperrt.“ Das Stadtratsmitglied, Herr Dr. Schenk, begründet diesen Antrag. Zum Abschluss seiner Ausführungen macht das Stadtratsmitglied, Herr Dr. Schenk, deutlich, dass sich Kulturveranstaltungen nicht immer rentieren, aber man überlegen muss, wie man die geringen Mittel am effizienteren ausgeben kann, nämlich für Breitenkultur und Volkstümlichkeit. Das Stadtratsmitglied, Herr Dr. Schenk, bittet zu Protokoll zu nehmen, dass im Januar 2008 die SPD-Stadtratsfraktion Rechenschaft fordern wird, wie viele Besucher von den Veranstaltungen Elisabeth 2007 erreicht worden und wie sich das eingesetzte Geld amortisiert hat. Die SPD-Stadtratsfraktion wird der Beschlussvorlage ihre Zustimmung erteilen.

Die Dezernentin, Frau Lieske, erklärt, dass 39.000 € wohl nicht dafür ausreichen werden eine Landesausstellung/Teil II in der Predigerkirche in Eisenach auszurichten. Die baulichen Voraussetzungen wurden nach Aussage von Frau Lieske im Haushaltsplan

geschaffen, in dem eine bestimmte Summe eingestellt wurde, die sich durch Städtebaufördermittel auf einen großen Betrag erhöhen könnte. Des Weiteren informiert sie über ein Gespräch mit dem Burghauptmann, der ja für die Landesausstellung verantwortlich ist. Folgender Sachverhalt stellt sich dar: die Gesamtfinanzierung ist noch nicht 100%ig gesichert, weil das Land natürlich nur einen bestimmten Teil geben kann. Frau Lieske informiert, dass selbst der Ministerpräsident damit beschäftigt ist, neue Gelder einzuwerben. In diesen Zusammenhang weist Frau Lieske auf die Größenordnungen hin. Es wurde bereits eine Summe genannt, nämlich die 140.000 €. Diese Summe wird aber nach Ansicht von Frau Lieske nicht ausreichen, weil man bei einer Ausstellung für die Ausstellungsgestaltung und das Ausstellungsmobiliar ungefähr mit einer Summe von 500 € pro m² rechnen muss. Dies wäre bei 350 m² eine Summe von ca. 200.000 €, dazu kämen noch Versicherung und der Transport. Selbst wenn man nach Aussage von Frau Lieske heute auf die 39.000 € verzichtet, wird die Stadt Eisenach diese Ausstellung nicht stemmen können. In diesem Zusammenhang erinnert Frau Lieske daran, dass es eine Landesausstellung ist und keine städtische Ausstellung. Die Dezernentin, Frau Lieske, vertritt die Auffassung, dass die Finanzierung also auch über das Land gewährt werden muss. Diese 39.000 € sind für 25 geplante Veranstaltungen und dazu kommen noch 80 Veranstaltungen des Elisabeth-Musicals. Frau Lieske weist darauf hin, dass gerade das Elisabeth-Musical eine sehr breite Masse von Menschen ansprechen wird. Des Weiteren wirbt Frau Lieske dafür, dass eine zu machen, ohne das andere zu lassen.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, geht auf den Redebeitrag von Herrn Dr. Schenk ein und vertritt die Auffassung, dass sich Herr Dr. Schenk in seinen Aussagen widerspricht. Nach Meinung des Oberbürgermeisters, Herrn Schneider, sperrt die SPD-Stadtratsfraktion ein sehr wichtiges Projekt, welches sich aus 25 Veranstaltungen zusammensetzt. Für diese Veranstaltungen müssen unbedingt Drittmittel eingeworben werden. Dies ist aber nur möglich, wenn der Stadtrat sagt, wir wollen das. Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, begründet nochmals die Beschlussvorlage und wirbt für die Zustimmung.

Das Stadtratsmitglied, Herr Bauer, stellt fest, dass es sich um die Fördermittelkategorie A handelt und fragt, wer der Fördermittelgeber ist und wann der letzte Endtermin dazu ist.

Die Dezernentin, Frau Lieske, informiert, dass der Antrag an das Land und die Mitteldeutsche Barockmusik geht. Der Fördermittelgeber ist aber von der Größenordnung her das Land. Das Ende ist der 30. April 2006.

Das Stadtratsmitglied, Frau Mereuta, erklärt, dass alle wollen, dass das Elisabeth-Oratorium zu Gehör kommt, ganz besonders im Elisabeth-Jahr. Sie betont aber nochmals, dass die Initiative und die Idee von der Landeskappelle Eisenach stammt. Wenn sich inzwischen andere Partner anders entschieden haben, wäre es nach Meinung von Frau Mereuta ein Leichtes gewesen, wenn man dies der Landeskappelle mitgeteilt hätte. Warum man dies in der Stadtratssitzung am 25. Februar 2006 durch eine Bemerkung von Herrn Doht erfahren hat, kann heute nicht mehr nachvollzogen werden und ist auch nicht wiedergutzumachen. Das Stadtratsmitglied, Frau Mereuta, erklärt, dass mit der Landeskappelle nicht gesprochen wurde. Zum Abschluss ihres Redebeitrages stellt das Stadtratsmitglied, Frau Mereuta, den Antrag, dass über die drei Punkte getrennt abgestimmt wird.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, verliest nochmals den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion mit folgendem Wortlaut: „Die Ausgabe des Zuschusses an den Verein Academia Musicalis Thuringiae e.V. steht unter dem Vorbehalt, dass die Finanzierung des 2. Teiles der Elisabeth-Landesausstellung in der Predigerkirche abgesichert ist. Bis zur Klärung dieses Sachverhaltes bleiben die vorgesehenen 39.000 € gesperrt.“

Abstimmung zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion: 6 Stimmen dafür
 25 Stimmen dagegen
 3 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion abgelehnt.

Abstimmung zum Antrag des Stadtratsmitgliedes, Frau Mereuta, zur getrennten Abstimmung über die drei Punkte:

Abstimmung: 25 Stimmen dafür
 3 Stimmen dagegen
 3 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag angenommen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 4 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 3 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Für die Finanzierung der Veranstaltung im Elisabeth-Jahr 2007 werden folgende Summen zur Verfügung gestellt:

- 1. Zuschuss an den Bachchor der Stadt Eisenach zur Aufführung des Liszt-Oratoriums „Legende von der Heiligen Elisabeth“
13.000,00 €**

**Abstimmung: 26 Stimmen dafür
 2 Stimmen dagegen
 4 Stimmenthaltungen**

- 2. Zuschuss zum Elisabeth-Programm der Stadt Eisenach an den Verein Academia Musicalis Thuringiae e.V.
39.000,00 €
(Das derzeitige Gesamtprogramm für alle Veranstaltungen ist als Anlage beigefügt.)**

**Abstimmung: 23 Stimmen dafür
 5 Stimmen dagegen
 4 Stimmenthaltungen**

- 3. Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit und des Marketings für das Elisabeth-Jahr**

10.000,00 €

Abstimmung: 32 Stimmen dafür
2 Stimmen dagegen
1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0338/2006

Nr. 9 der TO: Tonaufnahme der Stadtratssitzung zur Übertragung im Wartburg-Radio
hier: Einwilligung gem. § 5 Abs. 3 Geschäftsordnung

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Stadtrat stimmt der Tonaufzeichnung der Stadtratssitzungen durch den Offenen Kanal „Wartburg-Radio 96,5“ im Rahmen der Regelungen des § 5 Abs.3 der Geschäftsordnung zu, sofern das „Wartburg-Radio 96,5“ eine Komplettaufzeichnung und eine Aufzeichnung der bearbeiteten Fassung an die Stadtverwaltung Eisenach übergibt. Diese Aufzeichnungen werden im Stadtarchiv der Stadtverwaltung Eisenach bis zum Ende der Amtszeit des Stadtrates aufbewahrt.

Das Recht jedes einzelnen Stadtratsmitgliedes, eine Aussetzung der Tonaufzeichnung während seines Redebeitrages zu verlangen, bleibt unberührt. Das entsprechende Verlangen ist dem Stadtratsvorsitzenden mündlich oder schriftlich mitzuteilen.

Abstimmung: 34 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0339/2006

Nr. 10 der TO: Berufung eines/r sachkundigen Bürgers/in in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus

Die Beschlussvorlage wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

Nr. 11 der TO: Berufung einer sachkundigen Bürgerin in den Ausschuss für Bildung, Schule und Sport

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Berufung von Frau Anna-Maria Barsakow als sachkundige Bürgerin in den Ausschuss für Bildung, Schule und Sport.

**Abstimmung: 34 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0340/2006

Nr. 12 der TO: Änderung bei der Besetzung in den Ausschüssen aufgrund von Mandatsniederlegungen

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

- 1. Das Stadtratsmitglied, Herr Thomas Bauer, wird Mitglied im Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss.**
- 2. Das Stadtratsmitglied, Frau Denise Päsler, wird Mitglied im Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen.**
- 3. Das Stadtratsmitglied, Frau Denise Päsler, wird Mitglied im Jugendhilfeausschuss.**

**Abstimmung: 34 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0341/2006

**Nr. 13 der TO: 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Eisenach (Zweitwohnungssteuersatzung)
hier: Beratung und Beschlussfassung**

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, verweist auf das heute ausgereichte Austauschblatt zur Satzung.

Das Stadtratsmitglied, Herr Bauer, gibt zu bedenken, dass ständig Änderung notwendig sein werden. Aus Sicht von Herrn Bauer macht die Zweitwohnungssteuer nur für kleine Gemeinden Sinn, die große Bildungseinrichtungen haben, denn ansonsten dürfte der Aufwand zu hoch sein.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, informiert über das Urteil von Halle.

Für den Fraktionsvorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion, Herrn Doht, ist der Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion das richtige Zeichen und er spricht sich dafür aus, dass heute so abgestimmt wird. Des Weiteren weist Herr Doht, darauf hin, dass man mit dieser Ausnahmeregelung nicht weit kommen wird und spätestens in einem Jahr sich die Satzung erledigt hat.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, macht deutlich, dass es um die Lenkungswirkung geht und auf einen anderen Personenkreis mit abgezielt wurde. Des Weiteren erinnert der Oberbürgermeister, Herr Schneider, daran, dass der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion nicht genehmigungsfähig war, weil er eine Ungleichbehandlung dargestellt hat.

Das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, stellt den Änderungsantrag, dass „bis zum 27. Lebensjahr“ gestrichen wird, weil dies eine Altersdiskriminierung darstellt, die nicht Not tut.

Die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, erklärt, dass das 27. Lebensjahr die Schnittstelle zum Bafög ist. Sie würde am liebsten den Antrag stellen die Satzung insgesamt aufzuheben. Frau Rexrodt weist darauf hin, dass auch ein älterer Bürger, der es sich finanziell leisten kann, studieren könnte und so karitativ will man nun auch nicht sein. Zum Abschluss ihrer Ausführungen kündigt Frau Rexrodt einen Antrag zur Aufhebung der Satzung für die Junisitzung an.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, stellt fest, dass es keinen schriftlichen Antrag gibt und mündliche Anträge nicht vorgesehen sind nach Geschäftsordnung.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 4 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 3 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Eisenach (Zweitwohnungssteuersatzung) unter Verzicht auf eine zweite Beratung nach § 15 Abs. 2 Geschäftsordnung.

**Abstimmung: 23 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 10 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0342/2006

Pause von 18.05 Uhr – 18.30 Uhr

**Nr. 14 der TO: Änderung der Gesellschafterstruktur der Tourismus Eisenach GmbH (TEG)
 hier: Beratung und Beschlussfassung**

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, weist auf die heute ausgegebenen Austauschblätter hin.

Das Stadtratsmitglied, Herr Dr. Schenk, stellt fest, dass diese Beschlussvorlage ein Schritt in die richtige Richtung ist. Das was vorgelegt wurde, ist aus Sicht von Herrn Dr. Schenk ein Provisorium. Die SPD-Stadtratsfraktion hofft, dass nun die Neubesetzung des neuen erweiterten Aufsichtsrates erfolgt und es muss darauf gedrungen werden, dass bei einer Neubesetzung des Geschäftsführers dieser die Fähigkeiten im Bereich Werbung und Marketing mitbringt. Probleme sieht Herr Dr. Schenk bei den momentan

zwei Geschäftsführern und hofft, dass eine gute Zusammenarbeit möglich ist. Des Weiteren sollte der Geschäftsführer fließend Englisch können und möglichst noch eine zweite Fremdsprache beherrschen.

Der Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein, spricht sich im Namen seiner Fraktion grundsätzlich für den Beschluss aus. Des Weiteren begrüßt er den heutigen Stand, wohl wissend, dass man nicht am Ende des Weges ist und die Form der Zusammenarbeit einige Risiken birgt. Aus seiner Sicht müssen die Arbeitsfelder sauber abgesteckt werden, damit die Zusammenarbeit eine Chance hat. Auf eine mittelfristige Ausschreibung des Geschäftsführers wird gedrungen. Abschließend stellt der Fraktionsvorsitzende, Herr Gottstein, fest, dass noch einiges zu tun ist.

Die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, macht deutlich, dass die Fraktion die Kooperation begrüßt. Sie geht davon aus, dass beide Geschäftsführer gut zusammenarbeiten können. Die Fraktionsvorsitzende, Frau Rexrodt, macht deutlich, dass sie nicht möchte, dass die jetzt beginnende Zusammenarbeit unter dem Stern steht: 2008 wird neu ausgeschrieben. Dies ist für sie kein anständiger Arbeitsbeginn. Man sollte aus ihrer Sicht beiden die Chance geben, frei nach vorne zu blicken. Wenn die Zusammenarbeit gut wird, könnte sie ja auch so bestehen bleiben. Frau Rexrodt hätte damit auch kein Problem, nach ihrer Aussage.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, begründet die Beschlussvorlage.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 3 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 4 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Zusammenarbeit mit dem Wartburgkreis in der gemeinsamen Gesellschaft Eisenach – Wartburgregion-Touristik GmbH ab dem 1.7.2006 wird wie folgt zugestimmt:

- A. Dem als Anlage 1 beigefügten Gesellschaftsvertrag für die Eisenach-Wartburgregion Touristik GmbH (EWT) wird zugestimmt.**
- B. Der Übernahme eines weiteren Stammkapitalanteils in Höhe 2.300,- EUR und damit der Erweiterung der Beteiligung auf 20.200,- € bzw. 66 % durch die Stadt Eisenach zum 1.7.2006 wird zugestimmt.**
- C. Der Finanzierung der Gesellschaft auf der Grundlage des als Anlage 2 beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrages in Höhe von jährlich bis zu 300.000 € wird zugestimmt.**
- D. Der Beschlussteil 2 des Stadtratsbeschlusses Nr. 140/2005 vom 11. März 2005 wird aufgehoben.**
- E. Der als Anlage 3 beigefügte Wirtschaftsplan 2006 wird zur Kenntnis genommen.**

**Abstimmung: 34 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0343/2006

Nr. 15 der TO: Sportbad Eisenach GmbH (SEG)
hier: Zustimmung zum Beschluss TOP 2 der Gesellschafterver-
sammlung vom 20.02.2006

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, begründet die Beschlussvorlage.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

- 1. Der Änderung der bisherigen Saunakonzeption im Rahmen des Investitionsprogrammes der Sportbad Eisenach GmbH und dem damit verbundenen höheren Investitionsbedarfes in Höhe von 950.000,- EUR wird zugestimmt.**
- 2. Der Wirtschaftsplan 2006 der Sportbad Eisenach GmbH i.d.F. vom 20.02.2006 wird zur Kenntnis genommen.**

Abstimmung: 32 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0344/2006

Nr. 16 der TO: Sanierungsgebiet „Frankfurter Straße“
hier: Beratung und Beschlussfassung

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, begründet die Beschlussvorlage und weist darauf hin, dass es sich bei der Kfz-Werkstatt in der Frankfurter Straße 134 um eine reine Gewerbenutzung handelt und nach Prüfung die Einbeziehung des Objektes nicht erfolgt ist, weil sie sich im Außenbereich befindet. Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, erklärt, dass er das zuständige Fachamt auffordern wird, die Problematik mit dem Eigentümer nochmals zu erläutern. Damit die Bürger in der Frankfurter Straße bald etwas bemerken, bittet der Oberbürgermeister, Herr Schneider, um die Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, ist dankbar, dass heute der Beschluss zur Beschlussfassung vorliegt. Herr Doht macht deutlich, dass er mit dem Oberbürgermeister einer Meinung ist, dass der Beschluss heute so verabschiedet werden sollte. In diesem Zusammenhang macht Herr Doht deutlich, dass die SPD-Stadtratsfraktion lange um dieses Gebiet gekämpft hat. Die städtebaulichen Mißstände sind aus Sicht des Fraktionsvorsitzenden sehr deutlich. Bereits 2001 wurde nach Aussage von Herrn Doht der erste Versuch gemacht ein Sanierungsgebiet drüber zu legen. Es hat sich aber herausgestellt, dass die städtebaulichen Mißstände in diesem Gebiet so groß sind, dass Fördermöglichkeiten gesucht werden müssen für die Grundstücks- und Hauseigentümer. Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, hält es des Weiteren für notwendig, dass eine Bürgerversammlung in diesem Gebiet durchgeführt wird. Des Weiteren ist in der Verwaltung klar zu stellen, wie läuft ein vereinfachtes

Verfahren. Nach Aussage von Herrn Doht ist diese Diskussion durch eine Aussage einer Mitarbeiterin des Planungsbüros im zuständigen Fachausschuss zustande gekommen, dass es keine Fördermöglichkeiten gibt, sondern nur für den Straßenbau. Das ist das, was die SPD-Stadtratsfraktion nicht will, sondern es soll eine Förderung für die Anlieger geben. Hier mahnt der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion eine homogene Aussage an. Aus Sicht von Herrn Doht ist hier dringend Aufklärungsarbeit notwendig im Ausschuss und in der Bürgerversammlung vor Ort.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, erklärt, dass die Mitarbeiterin des Planungsbüros leider eine Intention der Förderstelle des Landesverwaltungsamtes kundgetan hat, über die noch geredet werden muss. Die Intention des Landesverwaltungsamtes ist, dass man mehr die öffentlichen Bauvorhaben fördern will. Dies hat aber nach Aussage des Oberbürgermeisters nichts mit dem vereinfachten Verfahren zu tun, sondern eher mit der Förderpolitik für Sanierungsgebiete. Abschließend erklärt der Oberbürgermeister, Herr Schneider, dass dazu noch Gespräche mit dem Landesverwaltungsamt stattfinden.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung .

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
die Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes der Stadt Eisenach für den Bereich „Frankfurter Straße“ (Anlage 1 und 2).
Der Bericht über die vorbereitenden Untersuchungen wird gebilligt (Anlage 5).**

**Abstimmung: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0345/2006

**Nr. 17 der TO: Bebauungsplan Nr. 44 der Stadt Eisenach für das Wohngebiet
 „Palmental“
 hier: Aufstellungsbeschluss**

Die Stadtratsmitglieder, Herr Doht und Herr Straßburg, nehmen aus Gründen des § 38 ThürKO an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, begründet die Beschlussvorlage.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 8 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die in der Gemarkung Eisenach als Straße genutzte Teilfläche des Grundstückes, Flur 6, Flurstück 360/1 erhält den Straßennamen „Nebestraße“.

**Abstimmung: 32 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0348/2006

**Nr. 20 der TO: Christianstraße – Überplanmäßige Ausgabe in Höhe von
 100.000,00 €**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 100.000 Euro in der HH-Stelle 63000.96082 , Christianstraße in Eisenach.

Die Deckung ergibt sich aus folgenden Haushaltsstellen:

**50.000 Euro : Straßenausbaubeiträge, Erhebung als Vorausleistung in HH-Stelle
 63000.35182**

**50.000 Euro : Minderausgaben in der HH-Stelle 63000.96087.
 Julius-Lippold-Str.**

**Abstimmung: 32 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0349/2006

**Nr. 21 der TO: Einziehung einer Teilfläche von ca. 590 m² des Grundstückes
 Gemarkung Eisenach, Waldhausstraße, Flur 56, Flurstück-Nr.
 5659/1 – Vorbehaltlich des Abschlusses des widerspruchs-
 losen Einziehungsverfahrens**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Einziehung einer noch zu vermessenden Teilfläche der Waldhausstraße, Flur 56, Flurstück-Nr. 5659/1, Gemarkung Eisenach, gemäß § 8 Thüringer Straßenge-

setz (ThürStrG) vorbehaltlich des Abschlusses des widerspruchslosen Einziehungsverfahrens.

**Abstimmung: 32 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0350/2006

Nr. 22 der TO: Bestellung eines Wirtschaftsprüfungsunternehmens zur Durchführung der Jahresabschlussprüfung der Stadtwerke Eisenach für das Geschäftsjahr 2005

Der Werkausschuss empfiehlt mit 1 Stimme dafür, 1 Stimme dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt mit 4 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
die Bestellung des Wirtschaftsprüfungsunternehmens**

**WIKOM AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Schillerstraße 24
99096 Erfurt**

als Prüfer für den Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2005 der Stadtwerke Eisenach.

**Abstimmung: 19 Stimmen dafür
 3 Stimmen dagegen
 8 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0351/2006

Nr. 23 der TO: Antrag der EA-Stadtratsfraktion – Gedenkstein für Außenlager KZ Buchenwald „Emma“

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, weist auf das heute ausgegebene Austauschblatt hin.

Der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, stellt fest, dass was lange wehrt, endlich gut wird und bedankt sich bei allen Beteiligten.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Verweisung in den Ältestenrat mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

An der Dürrerhofer Allee, bei der Einfahrt zum ehemaligen BMW-Flugmotorenwerk Dürrerhof, wird ein Gedenkstein zur Erinnerung an die in diesem Werk ausgebeuteten Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge errichtet.

Errichtet werden soll eine ca. 250 cm hohe Stele aus Sichtbeton, die auf ihrer Oberfläche die Maserung des Schalenholzes erkennen lässt. Die Kopffläche erscheint gebrochen, zum Betrachter hin abfallend. Die Stele trägt eine Tafel aus sandgestrahltem Aluminium mit folgendem Text:

„Im Gedenken an die KZ-Häftlinge des Außenkommandos ‚Emma‘ des KZ Buchenwald und die Zwangsarbeiter im früheren BMW Flugmotorenwerk Dürrerhof“

**Abstimmung: 30 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 2 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0352/2006

Nr. 24 der TO: Antrag der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion – Bürgerhaushalt

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimme dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

- 1. Die Durchführung eines Bürgerhaushaltes beginnend mit dem Haushaltsjahr 2007.**
- 2. Der Haupt- und Finanzausschuss wird mit der weiteren Begleitung des Verfahrens beauftragt.**

**Abstimmung: 31 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0353/2006

Nr. 25 der TO: Antrag der EA-Stadtratsfraktion - Ehrenkodex

Der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, begründet den Antrag.

Die Fraktionsvorsitzende der DIE.LINKE.PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, macht deutlich, dass der Auslöser eigentlich ein Kalender war, der an die Fraktionsvorsitzenden verschenkt wurde. Frau May erklärt, dass sie übrigens ihren Kalender verschenkt hat, aber festgestellt hat, dass der Kalender wichtige Information enthält. Nach Meinung der Fraktionsvorsitzenden, Frau May, erklärt, dass der Antrag unterstellt, dass die Stadtratsmitglieder anfällig sind oder anfällig werden könnten, dies ist vielleicht nicht beabsichtigt. Sie stellt zum Abschluss fest, dass die Thüringer Kommunalordnung und das Bürgerliche Gesetzbuch ausreichen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 0 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Stadtrat der Stadt Eisenach gibt sich einen Ehrenkodex mit folgendem Wortlaut, zu dem sich die Mitglieder des Stadtrates und seiner Ausschüsse durch ihre Unterschrift auch persönlich bekennen sollen.

Ehrenkodex der Mitglieder des Stadtrates der Wartburgstadt Eisenach

Wir, die ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrates der Stadt Eisenach, bestimmen das Ansehen der Stadt und des Stadtrates durch unser Verhalten wesentlich mit. Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung, das Mandat uneigennützig zum Wohle der Bürger unserer Stadt auszuüben. In Ergänzung zu den gesetzlichen Regelungen verpflichten wir uns freiwillig zu den nachfolgenden Grundsätzen:

- 1. Wir verpflichten uns, kein Geld, keine Sachgeschenke oder sonstige Vorteile für uns und uns nahestehende Personen anzunehmen, wenn nicht vollständig ausgeschlossen werden kann, dass dadurch Einfluss auf Entscheidungen politischer Gremien genommen werden soll.**
- 2. Wir verpflichten uns, alle Versuche von unzulässiger Einflussnahme auf Mandatsträger, von denen wir Kenntnis erhalten, dem Oberbürgermeister anzuzeigen.**
- 3. Alle beruflichen, nebenberuflichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten von Mitgliedern des Stadtrates und seiner Ausschüsse, die zu Interessenkollisionen mit dem politischen Mandat führen können, sind dem Oberbürgermeister anzuzeigen und von diesem in geeigneter Form zu veröffentlichen.**
- 4. Wir legen insbesondere alle geschäftlichen Verbindungen zu Unternehmen offen, die von Entscheidungen des Stadtrates oder seiner Ausschüsse unmittelbar betroffen sein könnten, oder die mit der Stadt oder städtischen Gesellschaften geschäftliche Beziehungen unterhalten.**
- 5. Wir zeigen dem Oberbürgermeister die Übernahme von Tätigkeiten und Funktionen für Unternehmen an, die geschäftliche Interessen gegenüber der Stadt Eisenach oder städtischen Gesellschaften haben. Dies betrifft alle Tätigkeiten und Funktionen, die mit Zuwendungen von Seiten derartiger Unternehmen verbunden sind, insbesondere Aufsichtsratsmandate, Beraterverträge, Anfertigung von Gutachten, publizistische und Vortragstätigkeiten sowie Funktionen bei Interessenverbänden.**
- 6. Im Falle des Ausscheidens aus dem Stadtrat sind sofort alle mit dem Mandat verbundenen Mitgliedschaften niederzulegen.**
- 7. Wir werden Informationen, die nach der Kommunalordnung geheim zu halten sind, nicht an Dritte weitergeben und solche Informationen nicht Gewinn bringend für uns und unsere Angehörigen verwerten.**
- 8. Wir sind damit einverstanden, dass ein Ehrenrat auf die Einhaltung des Ehrenkodex achtet und bei Verstößen dem Stadtrat Empfehlungen aussprechen kann.**
- 9. Dem Ehrenrat gehören die Mitglieder des Ältestenrates und eine gleich große Zahl von Bürgern an, die nicht dem Stadtrat oder der Stadtverwaltung angehören. Den Vorsitz führt ein neutraler Ombudsmann, der in der Stadt Eisenach kein politisches Amt begleitet und nicht den Führungsgremien einer Partei angehört. Der Ombudsmann wird vom Stadtrat gewählt und schlägt dem Stadtrat die beteiligten Bürger für den Ehrenrat zur Wahl vor.**
- 10. Der Ehrenrat wird auf Antrag von mindestens einem Viertel der Stadtratsmitglieder tätig. Er fällt seine Entscheidungen mit Zweidrittelmehrheit. Die Entscheidungen sind dem Stadtrat bekannt zu geben.**

Abstimmung: **2 Stimmen dafür**
 28 Stimmen dagegen
 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: **0354/2006**

Damit ist der Antrag der EA-Stadtratsfraktion abgelehnt.

Nr. 26 der TO: **Antrag der EA-Stadtratsfraktion – Die Wasserversorgung bleibt in öffentlicher Hand**

Der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, begründet den Antrag und den heute den Fraktionsvorsitzenden übergebenen Änderungsantrag.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, weist darauf hin, dass wohl wahr ist, dass das Land Bedingungen geschaffen hat, eine Wasserversorgung zu privatisieren. Es ist aber genauso wahr, dass die Stadt Eisenach ihre Anlagen in den Verband gegeben hat, dort 50 % Stimmrecht hat und wenn so eine wichtige Entscheidung zu fällen wäre, die Zustimmung des Stadtrates notwendig wäre. Nach Aussage des Oberbürgermeisters, Herrn Schneider, ist es wohl auch wahr, dass Stadt Eisenach diese Absicht nicht hat. Diese Sache ist eine reine kommunale Selbstbestimmung, die die Stadt Eisenach auch so ausübt. Herr Schneider, erklärt, dass die Stadt Eisenach keine Absicht hat und überhaupt nicht daran gedacht hat, dass Wasser zu privatisieren. Dies sagt der Oberbürgermeister auch im Namen aller Fraktionen und findet diesen Antrag unsinnig, weil zur falschen Zeit gestellt. Wenn man so einen Antrag stellt, unterstellt man nach Meinung des Oberbürgermeisters, dass man die Absicht hat. Abschließend fordert der Oberbürgermeister, Herr Schneider, zuzustimmen.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert, macht deutlich, dass genau diese Art der Anträge, die dann flankiert werden durch Flugblätter, die auch vom Eisenacher Aufbruch vertrieben werden, die Nuance der Unterstellung in die Debatte hineinbringen. Dies findet Herr Köckert sehr bedauerlich, weil sie damit ihren eigenen Worten und Ausführungen Lügen straft. In diesem Zusammenhang informiert Herr Köckert, dass im vorigen Jahr ein Flugblatt in der Stadt Eisenach vertrieben wurde, welches die Gefahr der Privatisierung des Wassers an die Wand gemalt hat. Dies ist nach seiner Aussage nie diskutiert wurden und war auch nie Thema in den Verbandsgremien. Der Fraktionsvorsitzende, Herr Köckert, könnte es verstehen, wenn man so eine Aktion macht, wenn es tatsächlich zur Debatte stünde. Dies würde auch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen, weil nicht nur die Verbandsgremien einen solchen Beschluss auf die Bahn bringen müssten, sondern auch die Gemeindeparlamente zustimmen müssen, weil sich ja der Verband auflösen müsste. Dies bedeutet für Herrn Köckert, dass, sollte es jemals zu einem solchen Prozess kommen, würde dieser mindestens ein halbes Jahr, wenn nicht länger, Zeit in Anspruch nehmen und es wäre ausreichend Zeit es zu diskutieren. Zum Abschluss seines Redebeitrages macht Herr Köckert deutlich, dass er vollkommen verständnislos vor diesem Antrag steht, weil damit eine Stimmung hervorgerufen werden soll bei den Leuten, als wäre tatsächlich Gefahr in Verzug. Wenn hier immer nur prophylaktisch Beschlüsse gefasst werden sollen, fallen dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Köckert, auch ganz viele Beschlüsse ein. Aber er hält von diesen prophylaktischen Beschlüssen nichts, mit denen die Bevölkerung verunsichert wird.

Der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, macht deutlich, dass er nicht verunsichern und keinen Streit rein tragen will. Er ist froh, dass die Gremien die Verantwortung tragen und allesamt gegen eine Privatisierung sind. Aus Sicht des Fraktionsvorsitzenden, Herrn Hofmann, sollte der Antrag positiv genommen werden.

Die Fraktionsvorsitzende der DIE.LINKE.PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, macht deutlich, dass ihr die Beschlüsse nicht gefallen, wo man zustimmen muss, um nicht in Verdacht zu geraten etwas anderes zu wollen. Nach Meinung von Frau May droht die Gefahr eher von der Europäischen Union und deren Dienstleistungsrichtlinie, aber davon sind zur Zeit die kommunalen Dienstleistungen, die zur Daseinsvorsorge dienen, ausgenommen. Allerdings gibt es auch hierzu aktuelle Rechtsprechungen, die solche Inhouse-Geschäfte in Frage stellen. Frau May macht deutlich, dass man darauf achten muss, dass die kommunalen Betriebe wirtschaftlich gut arbeiten.

Das Stadtratsmitglied, Herr Bauer, findet es gut, dass man einer Meinung ist. Nach Aussage von Herrn Bauer hat es nie eine Intention in dieser Richtung gegeben. Die Intention der DIE.LINKE.PDS-Stadtratsfraktion geht dahin, dass man lokale Wirtschaftskreisläufe nicht kaputt macht. Das Stadtratsmitglied, Herr Bauer, vertritt die Meinung, dass man eine mittelfristige städtische Strategie schaffen muss, wie mit solchen Dingen umzugehen ist.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 0 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 7 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Wasserversorgung der Stadt Eisenach und ihrer Bevölkerung wird auch in Zukunft in öffentlicher Hand bleiben. Einer Übertragung der Wasserversorgung als Ganzes oder von Teilen an private Betreiber werden Vertreter der Stadt unter keinen Umständen zustimmen.

**Abstimmung: 12 Stimmen dafür
 2 Stimmen dagegen
 9 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0355/2006

Nr. 27 der TO: Anfragen

Reg.-Nr. 133/2006 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion
Thema: Anfrage zu den ersten Ergebnissen der Leitbilddiskussion
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 134/2006 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion
Thema: Koordinierung der Arbeiten im Elisabeth-Jahr
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 135/2006 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion
Thema: Einwohnerentwicklung in der Südstadt im Zusammenhang mit der Erschließung durch den Öffentlichen Personennahverkehr

Das Stadtratsmitglied, Herr Suck, kann sich einfach nicht vorstellen, dass die Bürger der Südstadt nicht an einem ÖPNV interessiert sind.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, erklärt, dass die Postkartenaktion keinen Rücklauf zu verzeichnen hat. Die KVG will Kunden pflegen und erhalten.

- Reg.-Nr. 136/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Entwicklung der Teilnehmerzahl an der Schülerspeisung
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 137/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: ABS-Projekt Stabil
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 138/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Vogelgrippe
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 139/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Stadtpass
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 140/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Verquickung von Amt und Ehrenamt
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 141/2006 Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Projekt „Dialog der Kulturen“
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 142/2006 Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Vergabe Fördermittel im Jahr 2005
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 143/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Rückerstattung Wasserversorgungsbeiträge durch den
Trink- und Abwasserverband Eisenach-Erbstromtal
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 144/2006 Anfrage der EA-Stadtratsfraktion
Thema: Entschädigung für städtische Vertreter in Aufsichtsgremien
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 145/2006 Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Verwaltung von städtischen Gebäuden
Die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion,
Frau Rexrodt, fragt, ob kommunale Objekte von der Immoprima-
Hausverwaltung betreut werden.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, beantwortet dies mit einem Nein.

- Reg.-Nr. 146/2006 Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Kompetenzbereich des Kultoramtes
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 147/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Anzahl der Gastschulverhältnisse
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 148/2006 Anfrage der EA-Stadtratsfraktion
Thema: Umsetzung des Gesetzes zur Rücknahme und Verwertung von Elektro-Altgeräten
Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, fragt, ob es vorgesehen ist, Sammelbehälter für Wohnviertel aufzustellen?
- Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, hat sich in dieser Angelegenheit mit dem zuständigen Abfallwirtschaftszweckverband in Verbindung gesetzt und dort wurde ihm mitgeteilt, dass dies nicht vorgesehen ist. Des Weiteren wurde auf die Sammelstelle in Großenlupnitz verwiesen.
- Reg.-Nr. 149/2006 Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Änderungsvorhaben beim „Tor zur Stadt“
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 150/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Haustarifvertrag
Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, fragt, wie sehr es den Haushalt belasten würde, wenn es zu keiner Einigung käme.
- Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, kann dies aus dem Stehgreif nicht sagen, weil die Verhandlungen laufen. Er plädiert dafür, die Verhandlungen erst einmal zum Ende kommen zu lassen.
- Reg.-Nr. 151/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Hartz IV – Vermittlungen 2005
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 152/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Barrierefreie Wahllokale am 07. Mai 2006 in Eisenach
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 153/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Girls Day am 27.04.2006
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 154/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Wohnungsmarkt
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

- Reg.-Nr. 155/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Schulsanierung
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 156/2006 Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Schadensregulierung Ausstellung „Blickfelder“
Die Anfrage wurde von der Fraktionsvorsitzenden am 23.03.2006 zurückgezogen.
- Reg.-Nr. 157/2006 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion
Thema: Sachstand Umverlegung B 19
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 158/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Ausschreibung von Dienstleistungen
Diese Anfrage wird im nichtöffentlichen Teil behandelt.
- Reg.-Nr. 159/2006 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion
Thema: Hochwasservorsorge im Bereich des Roten Baches
Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, macht deutlich, dass er mit der Beantwortung der Anfrage nicht zufrieden ist und fragt, ob es eine Abstimmung mit dem TAV als Träger der Kanäle gibt. Des Weiteren stellt Herr Doht fest, dass es nicht sein kann, dass bei dem, der am lautesten schreit, das Wasser nicht entlang geleitet wird. Für Herrn Doht ist es wichtig, dass es eine einheitliche Regelung im Katastrophenfall gibt.
- Der Oberbürgermeister erklärt, dass Abstimmungen mit dem TAV stattgefunden haben. Des Weiteren wurden Planungsmittel eingestellt. Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, weist darauf hin, dass bei der letzten Hochwassersituation ein schwerer Unfall auf der Autobahn war und die Berufsfeuerwehr und das THW im Einsatz und somit nicht verfügbar waren. Damit kam die zweite Staffel zum Einsatz, nämlich die Freiwillige Feuerwehr. In diesem Zusammenhang weist der Oberbürgermeister, Herr Schneider, darauf hin, dass es sich um eine Ermessensentscheidung vor Ort handelt, wie die Wassermassen sind, ob sie beidseitig der Frankfurter Straße plus Ehrensteig oder einseitig abzuleiten sind. Die Einsatzkräfte kennen nach Aussage des Oberbürgermeisters den Fall. Nach Aussage des Oberbürgermeisters, Herrn Schneider, findet im Nachhinein eine sehr sorgfältige Auswertung statt. Ziel ist es, so der Oberbürgermeister, die Rückhaltungen bei den Entstehungsorten vorzunehmen. Dies ist aber leider nicht schnell möglich, weil es in einem FFH-Gebiet vom Planverfahren her länger dauert.
- Reg.-Nr. 160/2006 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion
Thema: Prüfbericht Stadtwerke
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 161/2006 Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Form der Benachrichtigung der Stadtbibliothek an Leser
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Ende der öffentlichen Sitzung um 19.40 Uhr

Nichtöffentlicher Teil

Meyer
Vorsitzender
des Stadtrates